

FLÜCHTLINGE

## Warum funktioniert das nicht?

Warum vermieten so wenige Privatpersonen an Flüchtlinge? ... fragt Joachim Lux, Intendant des Thalia Theaters.

VON Mark Spörrle | 19. Mai 2015 - 11:22 Uhr

© DIE ZEIT

**1 - 1,5 Zimmer**

45 m<sup>2</sup>, 1,5 Zi., EG, Küche m. EBK, Bad, Blk, TG, 400 € KM + 50 TG + 185 NK, offene Besichtia. Steilshooper Str. 310, 22309 HH, Sa 2. Mai 11-13 Uhr

**Für Flüchtlinge!** Zimmer in gr. Altbauwhg. in zentr. Lage, 17 m<sup>2</sup>, Mitnutzung v. Bad u. Küche, 200 € warm

**2 - 2,5 Zimmer**

**3 Zi.-Wohnung** nistenviertel! Be... OG., ca. 64,71 m<sup>2</sup>, bad/WC, Gas-Eta Endenergie: 219,4 Staffel 10 Jahre/2,5 tion, keine Provision,

**Eimsbüttel, 3 Zi.-Wh** Parkett, Mte.: € 779, Mieterprovision! Ve kwh/(m<sup>2</sup>\*a), Gas, BJ h, Christian-Förster Makler, IVD, T.: 0...

**EIMSBÜTTEL, 3 Zi./7** Türen, Pitchpine, n WC, A... Zi. Ab...

Axel Kloth ist ein stadtbekannter Makler. Und ein erfolgreicher dazu. Den schönsten Vermittlungserfolg aber erlebte der ehemalige Vorsitzende des Immobilienverbands Deutschland Nord an Weihnachten bei seinen Eltern. Die haben ihre Einliegerwohnung, die lange leer stand, neu vermietet – an einen Mann aus Syrien. Einen Flüchtling. "Es läuft super", sagt Kloth, "wir haben zusammen geredet, gegessen, getrunken und Weihnachten gefeiert – ich verstehe nicht, dass nicht mehr Hamburger so etwas machen."

Ja, warum eigentlich nicht? Wieso nehmen nicht mehr in dieser Stadt Flüchtlinge bei sich auf, in leer stehenden Einliegerwohnungen am Elbhang, nicht mehr benötigten Kinderzimmern in Eppendorf, WGs in Altona, Mehrfamilienhäusern in Wandsbek? Erfordern nicht ungewöhnliche Situationen ungewöhnliche Maßnahmen?

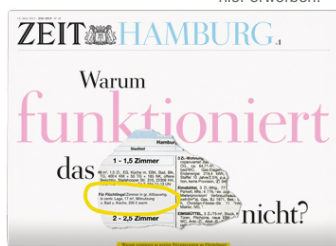
Doch. Auch deshalb informiert die Sozialbehörde seit Dezember [Privatleute über die Aufnahme von Flüchtlingen](#) – und hat in dieser Zeit gerade mal neun Anfragen bekommen.

Neun Anfragen: Dem gegenüber stehen mehr als 800 Menschen, die allein im April vor Mord, Krieg und Elend [nach Hamburg geflohen](#) sind. Statistisch wird knapp die Hälfte von ihnen auf Dauer bleiben. Sie brauchen mehr als eine Unterkunft: eine Wohnung. Oder mehr noch: eine neue Heimat.

**Die Behörde freut sich schon, wenn das Angebot kein "furchtbares Loch" ist**

Fragt sich nur, wo . Die Unterkünfte in kasernenhaften Gebäuden, Containern, Zelten könnten provisorischer kaum sein. Früher, als Politiker noch von Flüchtlings"lagern" sprachen, war das gewollt. Bloß keine wohnlichen Häuser bauen, schon gar nicht ohne Flachdach! Stets so schlecht planen, dass Asylbewerber schon beim Empfang von Unterhosen stundenlang anstehen müssen, beim Empfang von Taschengeld sowieso. Also: Um Himmels willen kein Zeichen setzen, dass die Aufnahme etwas Dauerhaftes sein könnte! Kleiner Nebeneffekt: Klatscht man Blechcontainer drastisch vor Parks und auf Parkplätze, wird auch der einheimischen Bevölkerung klar, dass das mit den darin wohnenden Fremden nur provisorisch sein kann. Wo soll man denn sonst auf Dauer parken?


Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.



Dieser Artikel stammt aus dem Hamburg-Teil der ZEIT Nr. 20 vom 13.5.2015. Sie finden diese Seiten jede Woche auch in der digitalen ZEIT.

Dass die Zustände auch heute noch ähnlich sind, hat damit zu tun, dass offenbar auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) so planen soll wie die Strategen in den Unterhosenausgaben: schlecht. Entsprechend beengt ist die Lage in Hamburg. "Acht, neun Monate oder länger sind die Leute in den zentralen Erstaufnahmestellen", sagt Marcel Schweitzer, Sprecher der Sozialbehörde – drei Monate sollten es eigentlich nur sein. Doch die mehr als 70 "Folgeeinrichtungen" sind schon genauso überfüllt, obwohl man ständig nach neuen Standorten sucht.

Und eine Wohnung, raus aus dem Massenquartier, das gerade für Frauen und Kinder schwer zu ertragen ist – bleibt oft ein Traum.



**WARUM FUNKTIONIERT DAS NICHT?**

Eine Kolumne von Mark Spörrle über die Widrigkeiten des Alltags.

© dpa

Der Hamburger Wohnungsmarkt ist bekanntermaßen schwierig. Und noch viel schwieriger, wenn der Möchtegernmieter nicht so hanseatisch aussieht, wie ihn sich die meisten Vermieter vorstellen. Oder wenn man nicht bereit ist, jenen auf den Leim zu gehen, die aus der Not ein Geschäft machen wollen . Knapp 350 Euro zahlt das Land einem

Vermieter, der einen einzelnen Flüchtling bei sich aufnimmt. "Wir freuen uns, wenn wir eine Wohnung angeboten bekommen, die kein furchtbares Loch ist", sagt Schweitzer.

Das passiert offenbar viel zu selten.

Im vergangenen Sommer zählte die Sozialbehörde allein 1500 Menschen, die "seit Jahren" (!) in öffentlichen provisorischen Unterkünften lebten und denen das Amt, sofern sie keine Arbeit hatten, sofort die Miete für eine Wohnung bezahlen würde – nur es gab keine. Man startete die Sonderaktion "300 Wohnungen", man schrieb Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften an. Am Ende kamen nicht 300 Wohnungen zusammen, nein, es waren gerade mal 62.

Seit Dezember informiert die Sozialbehörde auch Privatleute über die Aufnahme von Flüchtlingen. Und wundert sich über die geringe Resonanz. Was schon etwas weniger überrascht, sieht man die entsprechende Website. Die liest sich sehr bürokratisch, der Haupttext beginnt mit: "Wohnberechtigt sind Flüchtlinge und Asylsuchende dann, wenn erhebliche gesundheitliche Störungen vorliegen ...", und hat die nicht gerade eingängige Webadresse [www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung/4412632/privater-wohnraum/](http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung/4412632/privater-wohnraum/).

Auf die neun Mails, die mit Angeboten oder Fragen unter [fluechtlinge@basfi.hamburg.de](mailto:fluechtlinge@basfi.hamburg.de) eingingen, berichtet Schweitzer, habe er allesamt geantwortet – doch ob daraus tatsächlich die eine oder andere nette Wohngemeinschaft wurde, weiß er nicht: "Eine Antwort erhielt ich nie wieder."

Warum ist die Hilfsbereitschaft so verhalten? So erfreulich jedes Angebot sei, sagt Marcel Schweitzer nur, einfordern könne man nichts: "Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine staatliche Aufgabe."

Wenden wir uns auf der Suche nach Antworten also lieber kirchlichen Trägern zu. Denn, oh doch: Es gibt Hamburger, die helfen wollen. Bei Dietlind Jochims etwa, der Flüchtlingsbeauftragten der Nordkirche, melden sich jede Woche mehrere. Doch wenn Jochims dann im Gespräch den Realitätscheck macht, stellt sich immer wieder heraus, dass die nette ältere Dame, die da ihr wenig genutztes Gästezimmer gegen etwas Hilfe bei der Gartenarbeit anbietet, sich keine Vorstellungen davon macht, dass dieses Wohnverhältnis idealerweise nicht nur ein paar Wochen dauern wird und sie auch ihr Bad mit einem erwachsenen Mann teilen muss. Der sich zudem nicht dazu verdonnern lassen wird, auch ja vor dem Abschließen um neun Uhr abends wieder zu Hause zu sein – und zwar allein.

"Eine WG muss man sich gut überlegen", sagt Jochims, "eine Wohnung ist meistens geeigneter." Auch dass das Verarbeiten von Traumata aus erlebten Gräueltaten, aus Flucht, Vertreibung, Tod, oft erst später beginnt, verunsichere potenzielle Vermieter.

**Die größte Sorge der Vermieter ist, menschlich überfordert zu sein**

"Die größte Hürde bei vielen ist die Angst, sich um die menschliche Situation kümmern zu müssen und damit nicht zurechtzukommen", sagt Axel Kloth, der Makler, dessen Eltern an einen Flüchtling vermietet haben. Und der sich zusammen mit seiner Schwester die Frage stellte, warum das nicht mehr Hamburger tun.

Denn Wohnungen gäbe es, da ist sich Kloth sicher. 2013 machte er sich unbeliebt, weil er erklärte, es gebe kein Grundrecht auf das Leben in Szenevierteln. Daran hält er fest: Die Wohnungsnot sei außerhalb der Trendbezirke schon viel kleiner. "Wenn man alle Vermieter anspricht, nicht nur die Großen, müsste es möglich sein, 500 bis 1000 Wohnungen zu finden." Wichtig sei nur, den Vermietern drei Hindernisse aus dem Weg zu räumen: die Sorge, menschlich überfordert zu sein. Das Nichtwissen, wie genau man vorgehen muss. Und die Befürchtung, sich nicht verständigen zu können. "Die Lösung wäre eine Art Partner- und Unterstützungsprogramm, das beiden Seiten hilft."

Kloth und seine Schwester, die Anwältin Anne Woywod, wollen nun mit Immobilien- und Mieterverbänden, Wohnungsbaugesellschaften, Behörden, Stiftungen, Kirchen und Bürgerinitiativen gemeinsam ein Konzept entwickeln. "Wir haben uns gedacht: Wir können natürlich lange reden und warten, dass sich etwas tut. Aber warum tun wir nicht einfach selber etwas?"

Gar kein schlechter Gedanke.

#### **SCHREIBEN SIE UNS**

Fragen Sie sich auch, warum etwas in unserer Stadt wider Erwarten überhaupt nicht funktioniert, suchen Sie die versteckte Kamera, denken Sie: "das kann doch nicht wahr sein...?" Schreiben Sie an [warumfunktioniertdasnicht@zeit.de](mailto:warumfunktioniertdasnicht@zeit.de)

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/2015/20/fluechtlinge-wohnung-vermieten-privat>